

Leistungsbeschreibung 2026

der SWM

für die Lieferung von
DC-Ladeinfrastruktur im Bereich
des Schnellladens

Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand der Vereinbarung	1
2.	Technische Anforderungen	1
3.	Abschluss und Laufzeit des Rahmenvertrages	1
4.	Allgemeine Bedingungen zum Abruf der Einzelaufträge	2
4.1.	Leistungs- und Lieferpflicht	2
4.2.	Anlieferbedingungen	2
4.3.	Liefermenge	2
4.4.	Leistungsklassen	2
5.	Allgemeine Bedingungen zur Ausführung der Einzelaufträge	3
5.1.	Besondere Leistungen	3
5.2.	Prüfung der Produkte und Abnahme	3
5.3.	Nachunternehmereinsatz	3
6.	Vergütung	3
7.	Rechnungsstellung	4
8.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	4
8.1.	Prüfungen von elektrischen Arbeitsmitteln vor ihrer ersten Inbetriebnahme, nach Reparatur oder einer prüfpflichtigen Änderung und wiederkehrende Prüfungen	4
8.2.	Softwareupdates	5
8.3.	Dokumentation	5
8.4.	Eigentums- und Nutzungsrechte	5
8.5.	Schulung von SWM-Mitarbeitern	5
9.	Gewährleistung/Haftung/Mängelhaftung/Reklamation	6
10.	Rechtliche Anforderungen	6
11.	Eichrecht	6
12.	Qualitätssicherung	6
13.	Vertraulichkeit	7
14.	Pönalen	7

Die folgenden Vereinbarungen werden zwischen dem Auftragnehmer (AN) und dem Auftraggeber (AG) geschlossen. Grundlage der Vereinbarung sind die der Ausschreibung beigefügten Allgemeinen Einkaufsbedingungen des SWM-Konzerns für Lieferungen und Leistungen (AEBL). Bei Unstimmigkeiten zwischen den Technischen Vorbemerkungen und den AEBL gilt grundsätzlich der jeweilige Passus der AEBL und der jeweilige Abschnitt der Technischen Vorbemerkungen ist als nichtig anzusehen.

1. Gegenstand der Vereinbarung

Gegenstand der Vereinbarung ist die Herstellung und Lieferung von TAB- und eichrechtskonformen DC-Ladestationen (nachfolgend „Produkt“ genannt) gemäß den Anforderungen der VDE AR-N 4100, den TAB 2019 des BDEW, den beigefügten technischen Produktbeschreibungen sowie den Ergänzungen des zuständigen Netzbetreibers, jeweils insbesondere in Bezug auf Netzurückwirkungen und in neuester Form gemäß den im Leistungsverzeichnis beigefügten technischen Produktbeschreibungen. Die gelieferten Ladeeinrichtungen müssen den Anforderungen des MessEG/MessEV sowie den jeweils gültigen PTB-Konformitätsmodulen entsprechen. Hierin inbegriffen ist neben der Herstellung und Lieferung der Produkte auch eine Bereitstellung aller notwendigen Software-Tools, die zu Konfigurations-, Betriebs- oder Wartungszwecken notwendig sind.

2. Technische Anforderungen

Die Produkte sind gemäß den aktuellen Normen und Richtlinien herzustellen. Bei Änderungen der Richtlinien sind diese ebenfalls einzuhalten. Insbesondere sind u. A. einzuhalten:

- DIN EN 60664
- IEC 61851
- IEC 61439
- ISO 14443
- IEC 62196
- ISO 15118
- VDE-AR-E 2532-100
- DIN EN 61851-23 (VDE 0122-2-3) - Komplette 61851 Reihe
- DIN EN IEC 6319-1 (VDE 0122-19-1)

Die Erwähnung der Normen schließt den allgemein gültigen Rest nicht aus und setzt diesen nicht außer Kraft.

Die gelieferten Ladeeinrichtungen müssen eine gültige PTB-Konformitätsbewertung (Module B+D oder B+F bzw. H1) besitzen.

Falls es technische Anforderungen bei der Installation der Ladeeinrichtung gibt, die länderspezifisch sind (beispielsweise das Anschließen einer zusätzlichen Erdung in Bezug auf die DIN VDE 0100-722), muss diese Zusatzanforderung vom AN dem AG proaktiv bei Bestellannahme mitgeteilt werden.

3. Abschluss und Laufzeit des Rahmenvertrages

Der Rahmenvertrag wird für eine bestimmte Zeitdauer geschlossen und ist Grundlage zur Ausführung von anfallenden Arbeiten durch den AN. Der Rahmenvertrag wird mit dem AN über einen schriftlichen Bestellbeleg des AG (SAP-Bestellung) und zunächst über die Zeitdauer von drei Jahren mit dem AN geschlossen.

Eine optionale Vertragsverlängerung um ein zusätzliches Jahr kann durch den AG schriftlich erfolgen. Es ist vorgesehen, diesen Vertrag nicht öfter als einmal zu verlängern. Daraus ergibt sich eine maximale Laufzeit von 4 Jahren. Die angebotenen Einheitspreise behalten Gültigkeit für die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrags.

Für die Beauftragung der zu liefernden Produkte wird der AG mit mehreren AN Zeitverträge abschließen.

4. Allgemeine Bedingungen zum Abruf der Einzelaufträge

Die auszuführenden Arbeiten setzen eine zuverlässige und termingerechte Ausführung der Leistung sowie in vielen Fällen eine schnelle Verfügbarkeit seitens des AN voraus.

4.1. Leistungs- und Lieferpflicht

Der AN ist verpflichtet, einen durch den AG erteilten Abruf anzunehmen und diesen auszuführen. Er hat die Leistungen fristgemäß nach schriftlicher Beauftragung dem AG zu liefern. Der AN wird dem AG eine schriftliche Auftragsbestätigung zukommen lassen. Hierin sind insbesondere die Bestellnummer, Materialnummer, Datum und Preis festgelegt. Die Lieferung der Hardware erfolgt direkt an die vom AG benannten Einsatz- bzw. Baustellenstandorte. Die jeweiligen Lieferadressen werden dem AN im Rahmen des Abrufprozesses übermittelt. Der AN stellt sicher, dass die Logistikprozesse flexibel an wechselnde Einsatzorte angepasst sind und termingerecht erfolgen können. Der AN gewährleistet eine transportsichere, wetterbeständige und schadensfreie Lieferung der Hardware bis zum Abladepunkt.

Der AG behält sich vor, den Gesamtauftragswert nicht voll auszuschöpfen.

4.2. Anlieferbedingungen

Die Anlieferung durch den AN hat den Anlieferungsbedingungen des AG vollumfänglich zu genügen. Die Anlieferungsbedingungen sind in der Anlage 1 zu finden.

Die Anlieferung der Produkte erfolgt in der Regel direkt zur jeweiligen Baustelle. Der AN hat bei der Planung und Durchführung der Lieferung zu berücksichtigen, dass Baustellen über eingeschränkte Zufahrten, begrenzte Rangierflächen oder besondere baulegistische Rahmenbedingungen verfügen können.

Der AN stellt sicher, dass Transportmittel, Verpackung sowie Abladekonzepte an die örtlichen Gegebenheiten angepasst sind und insbesondere hierdurch keine zusätzlichen Kosten für den AG entstehen.

Jeder Lieferung ist ein Lieferschein mit einer direkt benannten zu beliefenden Person des AG beizulegen. Auf dem Lieferschein ist die Bestellnummer der jeweiligen Bestellung eindeutig anzugeben.

Anlieferungen, welche den oben geschilderten Anlieferbedingungen nicht genügen, können ggf. nicht akzeptiert werden und werden dem AN auf eigene Kosten zurückgesendet.

4.3. Liefermenge

Der AG teilt dem AN rechtzeitig etwaige Planungsmengen mit. Die konkreten IST-Abrufe teilt der AG dem AN in den jeweiligen Abrufbestellungen mit.

4.4. Leistungsklassen

Der AN muss mit der Abgabe seines Angebots mindestens ein Angebot für eine der folgenden Leistungsklassen (in kW) für Ladeinfrastruktur abgeben:

- 25 bis 50
- 51 bis 100
- 101 bis 200
- 201 bis 300
- 301 bis 400
- ab 400 kW

Sollte der AN mit der von ihm angebotenen Ladeinfrastruktur alle Leistungsklassen abdecken können, so kann er dies im Rahmen seiner Angebotsabgabe vornehmen. Sollte der AN Leistungsklassen mit der von ihm angebotenen Ladeinfrastruktur nicht abdecken können, so kann er dennoch für die von ihm angebotenen Leistungsklassen ein Angebot im Rahmen der Ausschreibung abgeben.

5. Allgemeine Bedingungen zur Ausführung der Einzelaufträge

5.1. Besondere Leistungen

Nicht im Leistungsverzeichnis durch entsprechende Leistungspositionen erfasste Leistungen, die für die Ausführung des Abrufes erforderlich werden, dürfen nur nach Zustimmung des AG ausgeführt werden. Besondere Leistungen werden nicht gesondert vergütet und können insbesondere der Austausch defekter Ladesäulen als Ganzes sein.

Besondere Leistungen können u.a. sein:

- a) Probleme bei Inbetriebnahme
- b) Austausch defekter Produkte
- c) Reaktionszeit vor Ort bei Defekt (insbesondere in den eichrechtskonformen Komponenten)

Für Punkt a) Probleme bei Inbetriebnahme und c) Reaktionszeit bei Defekt muss der AN dem AG beim Vertragsschluss einen direkten Ansprechpartner nennen. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass für den Punkt a) und c) eine Behebung des Problems innerhalb von maximal fünf Werktagen gewährleistet ist. Die dadurch eventuell entstandenen Zusatzkosten sind in den angebotenen Preisen mit einzurechnen. Bei Punkt b) ist der AN verpflichtet, dem AG im Gewährleistungszeitraum innerhalb von 5 Werktagen ab Meldung durch den AG, einen kostenlosen Ersatz zu leisten. Außerhalb des Gewährleistungszeitraumes hat der AN dem AG umgehend ein Angebot für den Austausch der defekten Produkte auf Anfrage zu übermitteln. Der Versand der Ersatzteile muss in beiden Fällen innerhalb von fünf Werktagen nach Bestellung durch den AG erfolgen. Für öffentliche und halböffentliche Ladepunkte stellt der AN alle für die Eichrechtskonformität erforderlichen Liefer- und Geräteunterlagen (z. B. PTB-Module, Konformitätserklärungen, Herstellerzertifikate) bereit.

Überdies hat der AN dem AG eine kostenlose Werksbesichtigung zu gestatten.

5.2. Prüfung der Produkte und Abnahme

Alle Produkte sind nach den anerkannten Regeln der Technik auf Betriebsfähigkeit und Betriebssicherheit vom AN vor der Auslieferung an den AG zu prüfen. Die Prüfergebnisse müssen in einem schriftlichen Prüfprotokoll festgehalten, individuell zugeordnet und der jeweiligen Lieferung beigelegt und in elektronischer Form auf Anfrage an den AG übermittelt werden. Das Prüfprotokoll muss Seriennummer, Hardwaretyp, Messwerte und Abweichungen gemäß eichrechtlichen Vorgaben enthalten und ist in deutscher Sprache zu verfassen.

5.3. Nachunternehmereinsatz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich nur Nachunternehmer einzusetzen, die geeignet sind und die fachlichen und personellen Voraussetzungen erfüllen. Änderungen im Nachunternehmereinsatz sind dem AG frühzeitig mitzuteilen. Änderungen bedürfen der Zustimmung des AG.

6. Vergütung

Die Vergütung errechnet sich aus den vereinbarten Preisen zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Vergütung umfasst weiterhin die zusätzlichen Leistungen gemäß Abschnitt 5.1

7. Rechnungsstellung

Die Einzelaufträge sind als getrennte Einzelmaßnahmen zu betrachten und abzurechnen. Rechnungen sind daher unter Angabe der zugehörigen Abrufnummer der SAP-Bestellung einzureichen. In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung - gegebenenfalls abgekürzt - aufzuführen. Der AG behält sich vor, die jeweiligen Rechnungsbeträge erst nach vollständiger und mangelfreier Lieferung sowie nach Vorlage aller erforderlichen Dokumentationsunterlagen – insbesondere der unter 5.2 genannten Nachweise – zur Zahlung freizugeben. Eine Zahlung erfolgt nur, wenn die gelieferte Hardware vollständig, unbeschädigt und funktionsfähig ist.

Die Rechnungsstellung erbitten wir als PDF an die E-Mail inbox@e-invoice.swm.de um unnötige Verzögerungen bei der Bearbeitung zu vermeiden.

Rechnungsempfänger:
Stadtwerke München GmbH
Postfach 201901
80019 München

Rechnungen können nur bearbeitet werden, wenn die Bestellnummer (= Abrufnummer) und das betreffende Objekt angegeben wird. Ein Nachweis über die erfolgte Übergabe ist auf der Rechnung zu quittieren.

Rückfragen zur Rechnungsstellung können an den Auftraggeber des AG gestellt werden.

Allgemeine Informationen zur Rechnungsstellung und Zahlungsverkehr finden Sie unter dem Link:
<https://www.swm.de/einkauf/rechnungen>

8. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

8.1. Prüfungen von elektrischen Arbeitsmitteln vor ihrer ersten Inbetriebnahme, nach Reparatur oder einer prüfpflichtigen Änderung und wiederkehrende Prüfungen

Der AN führt alle erforderlichen Prüfungen der DC-Ladehardware vor der ersten Inbetriebnahme, nach Reparaturen oder Änderungen sowie im Rahmen wiederkehrender Prüfungen (mindestens jährlich) durch. Die Prüfungen erfolgen nach den jeweils geltenden gesetzlichen, berufsgenossenschaftlichen und normativen Anforderungen für elektrische Anlagen und Ladeinfrastruktur. Hierzu gehören insbesondere auch die Prüfungen gemäß den Unfallverhütungsvorschriften der DGUV Vorschrift 3.

Der AG behält sich unter Beachtung der Vorgaben in Punkt 8.5 vor, diese Prüfungen ganz oder teilweise mit eigenem qualifiziertem Personal durchzuführen. Sofern der AG dies nicht leisten kann oder möchte, ist der AN verpflichtet, die entsprechenden Prüfleistungen vollständig zu übernehmen.

Der AN verpflichtet sich zudem, den AG fachlich so zu schulen, dass dieser die genannten Prüfungen künftig eigenständig und normgerecht durchführen kann. Die Schulung umfasst die erforderlichen technischen, organisatorischen und sicherheitsrelevanten Inhalte sowie die gesetzlich geforderten Dokumentationsanforderungen.

Werden eichrechtsrelevante Komponenten verändert, ersetzt oder in anderer Form bearbeitet, übernimmt der AN sämtliche hierfür erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Eichrechtskonformität. Dies umfasst insbesondere die Koordination und Durchführung aller notwendigen Schritte mit dem zuständigen Eichamt bzw. der zuständigen Behörde, einschließlich Prüfungen, Dokumentationen, Konformitätsbestätigungen und ggf. erforderlicher Nacheichungen.

Betroffen sind insbesondere:

Sicht-, Funktions- und messtechnische Prüfungen aller sicherheitsrelevanten Komponenten (u. a. Power Modules, Kühltechnik, Kabel/Stecker, Unterverteilungen), die Prüfung der elektrischen Sicherheit und der korrekten Einbindung in das Schutz- und Netzsystem sowie die Dokumentation aller Ergebnisse inkl. Messwerte sowie Anbringen der vorgeschriebenen Prüfkennzeichnung.

Die Prüfungen sind durch qualifiziertes elektrotechnisches Fachpersonal durchzuführen.

8.2. Softwareupdates

Der AN stellt dem AG notwendige Firmwareupdates zur Verfügung. Dies umfasst insbesondere alle sicherheitsrelevanten Updates über einen Mindestnutzungszeitraum von 7 Jahren. Der AN informiert den AG über die Verfügbarkeit dieser Updates per E-Mail.

8.3. Dokumentation

Zu Vertragsbeginn sind dem AG technische Datenblätter, Baumusterprüfbescheinigungen und Konstruktionen der Produkte, sowie Installationshandbücher in deutscher Sprache zu übergeben. Der AN hat eine Liste über alle ab Vertragsbeginn an den AG gelieferten Produkte zu führen. Jedes einzelne Produkt ist hierbei mit einer eindeutigen Seriennummer zu führen, welche sowohl im jeweiligen Produkt übertragungssicher und beständig gegen Feuchtigkeit hinterlegt als auch auf der vom AN geführten Liste zu dokumentieren sind. Die Liste hat das Datum jeder Lieferung zu enthalten (Spalte 1). Jedem Lieferdatum werden auf dieser Liste die zugehörigen Seriennummern der jeweiligen Lieferung zugeordnet (Spalte 2). Dadurch kann jede Seriennummer einem eindeutigen Lieferdatum zugeordnet werden. Die Liste ist in elektronischer Form auf Anfrage an den AG zu übermitteln.

8.4. Eigentums- und Nutzungsrechte

Entstehen bei den Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags bei einem Partner Erfindungen, wird dieser Partner den anderen Partner hierüber umgehend schriftlich informieren. Für gemeinschaftliche Erfindungen werden sich die Partner innerhalb der vom Gesetz über Arbeitnehmererfindungen (ArbNErfG) vorgegebenen Inanspruchnahmefristen über Anmeldung (einschließlich Federführung im Einzelfall), Aufrechterhaltung und Verteidigung von Schutzrechten und Kosten abstimmen und darüber eine schriftliche Vereinbarung treffen, wobei im Grundsatz die Kosten von den Partnern entsprechend ihren Erfindungsanteilen zu tragen sind.

Die Höhe der Erfindungsbeteiligung der Partner wird einvernehmlich festgelegt und protokolliert. Sollte ein Partner kein Interesse an einer Schutzrechtsanmeldung haben oder die vorliegende Erfindung das Produkt des anderen Partners betreffen, bietet er dem anderen Partner seinen Erfindungsanteil zur unentgeltlichen Übernahme an, wobei evtl. durch die Übertragung des Erfindungsanteils entstehende Kosten vom übernehmenden Partner zu tragen sind und weiterhin ein unentgeltliches einfaches Nutzungsrecht bei dem abgebenden Partner verbleibt. Die Nutzung dieses angebotenen Optionsrechts muss innerhalb von acht Wochen, spätestens jedoch vor Ablauf der Inanspruchnahmefrist nach dem ArbNErfG, in Form einer schriftlich verbindlichen Annahme ausgeübt werden. Der den Erfindungsanteil anbietende Partner hat bei der Rechtsübertragung mitzuwirken.

Es gelten die Vereinbarungen zur Verschwiegenheit gemäß den AEBL.

Die Nutzungs- und Eigentumsrechte der Produkte gehen nach Lieferung an den AG vollständig an diesen über.

8.5. Schulung von SWM-Mitarbeitern

Der AN bietet dem AG technische Einweisungen in die gelieferten Systeme (z. B. Konfiguration, Firmwarehandling, Diagnosegrundlagen) und Schulungen zu Arbeiten an der Ladesäule inklusive der eichrechtskonformen Komponenten an. Dadurch sollen die Installateure des AG berechtigt werden, selbstständig Reparaturen und Wartungen an der Ladeinfrastruktur durchzuführen. Dasselbe gilt für Wartungen und wiederkehrende Prüfungen, sofern diese einer Schulung durch den AN erfordern. Der AN verpflichtet sich, diese Schulungen durch Bereitstellung adäquater Schulungsunterlagen in digitaler Form, sowie im Rahmen von

Präsenzs Schulungen im Raum München (Deutschland) anzubieten. Der AN und der AG sprechen sich zur Organisation dieser Präsenzs Schulungen gemeinsam ab. Sollte eine bereits vereinbarte Präsenzs Schulung durch den AN abgesagt werden, hat dieser sämtliche, bis dahin entstandenen Mehrkosten (insbesondere Stornierungskosten) des AG, zu tragen.

Sollten sich Änderungen an den durchzuführenden Arbeiten ergeben, so ist der AN verpflichtet eine Erneuerung der Unterlagen und der angebotenen Schulungen anzubieten. Dies gilt auch über die vereinbarte Vertragslaufzeit hinaus.

9. Gewährleistung/Haftung/Mängelhaftung/Reklamation

Generell gilt die gesetzliche Gewährleistung für den AN von zwei Jahren (versteckte Mängel fünf Jahre).

Des Weiteren gilt die gesetzliche Haftung für die Benutzung der Produkte des AN von zehn Jahren ab dem Zeitpunkt der Warenlieferung. Die Haftung des AN gilt auch, wenn der AG die Produkte bei Dritten verbaut hat. Grundsätzlich gelten die Bestimmungen zur Mängelhaftung gemäß den AEBL. Insbesondere ist bei defekten Geräten der Austausch vollumfänglich durch den AN zu gewährleisten, eventuelle Vorgaben seitens des AN werden vom AG geprüft. Eine Einhaltung der Vorgaben durch den AG ist nicht verpflichtend.

Sollten innerhalb des vom AN gewährten Gewährleistungszeitraums unvorhersehbare Störungen auftreten, sind diese innerhalb von 5 Werktagen vom Hersteller kostenneutral zu beheben. Sollte der AN diese Frist nicht einhalten, hat er den AG innerhalb dieser Frist zu informieren. Der AG ist berechtigt, etwaige, durch diesen Verzug entstehende, Erlösausfälle und sonstige Kosten dem AN in Rechnung zu stellen.

10. Rechtliche Anforderungen

Der AN verpflichtet sich, etwaige gesetzliche Änderungen, die das Produkt betreffen, ohne Aufforderung durch den AG, umzusetzen und das Produkt stets auf dem aktuellen Stand hinsichtlich der gesetzlichen Anforderungen, sowie der technischen Entwicklung zu halten. Diese Änderungen des Produkts sind im Preis des Vertrages inbegriffen. Die Änderungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des AG. Sollten hieraus gravierende Änderungen hinsichtlich der Produktionskosten für den AN entstehen, ist dieser berechtigt den Mehraufwand an den AG weiterzuleiten. Dies bedarf der schriftlichen Zustimmung des AG.

11. Eichrecht

Der AN verpflichtet sich bei Angebotseinsendung die Bescheinigung der Module des Konformitätsbewertungsverfahrens der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) dem AG zuzusenden. Hiervon betroffen sind die Module B+D oder B+F und H1.

Des Weiteren verpflichtet sich der AN, dass die Produkte, die im Zuge dieses Rahmenvertrages an den AG geliefert werden, den gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Eichrechts genügen.

Weiterhin verpflichtet sich der AN die Produkte hinsichtlich aller gesetzlichen Bestimmungen, die das Eichrecht betreffen stets auf dem aktuellen Stand zu halten.

12. Qualitätssicherung

Die allgemein anerkannten technischen Regeln inkl. der VDE sind durch den AN zu erfüllen und Einzelprüfungen sind zu dokumentieren und den Einzellieferungen beizufügen. Eine individuelle Zuordnung der Prüfprotokolle je Produkt muss gegeben sein. Sollte der AN die Inbetriebnahme der gelieferten Ladeinfrastruktur vornehmen, müssen die Prüfprotokolle, welche bei Inbetriebnahme der Hardware erstellt werden, nach den Vorgaben des AG angefertigt werden. Prüfprotokolle müssen nach den anerkannten VDE Normen erstellt, in deutscher Sprache befüllt und innerhalb von 7 Tagen an den AG vorgelegt werden.

13. Vertraulichkeit

- a) Die Partner sind verpflichtet, sämtliche betrieblichen, geschäftlichen Informationen, einschließlich Geschäftsvorgänge, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die sie sich gegenseitig bekannt machen oder in sonstiger Weise bekannt werden (nachfolgend „vertrauliche Informationen“) bis zum Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Vertrages vertraulich zu behandeln und Dritten nicht zur Verfügung zu stellen. Die Partner sind jeweils berechtigt, vertrauliche Informationen an verbundene Unternehmen (im Sinne der §§ 15 ff. AktG) und Unterauftragnehmer, soweit diese zu einer dieser Bestimmung gleichwertigen Geheimhaltung verpflichtet sind, weiterzugeben
- b) Die Partner tragen dafür Sorge, dass die bei der Durchführung dieses Vertrags hinzugezogenen Mitarbeiter und Personen die vorstehend beschriebene Vertraulichkeit wahren und verpflichten sie entsprechend.
- c) Ausgenommen von der vorstehenden Geheimhaltungsverpflichtung sind Informationen, die (i) allgemein zugänglich sind oder werden, sofern dies nicht auf einem Verstoß gegen diese Vereinbarung beruht, (ii) dem empfangenden Partner bereits vor Offenbarung durch den offenbarenden Partner bekannt waren und er die Vertraulichen Informationen frei und ohne Geheimhaltungspflicht benutzen durfte, (iii) der empfangende Partner rechtmäßig von einem Dritten erlangt hat, (iv) aufgrund eines Gesetzes oder einer gerichtlichen Entscheidung offen gelegt werden müssen oder deren Offenlegung durch eine hierzu berechnete Behörde angeordnet wird und/oder (v) auf Grund einer vorhergehenden Zustimmung (in Textform, Email genügt) dem offenbarenden Partner weitergegeben werden dürfen.
- d) Auf schriftliches Anfordern des offenbarenden Partners hat der empfangende Partner alle erhaltenen und schriftlich oder auf andere Weise aufgezeichneten vertraulichen Informationen einschließlich angefertigter Kopien unverzüglich auszuhändigen oder zu vernichten. Hiervon ausgenommen sind (i) vertrauliche Informationen, die in Erfüllung gesetzlicher Pflichten, insbesondere Archivierungspflichten, aufbewahrt werden müssen und (ii) elektronisch gespeicherte vertrauliche Informationen, die aufgrund technischer Gegebenheiten nicht gelöscht werden können; in den vorgenannten Fällen gilt für die vertraulichen Informationen die Geheimhaltungspflicht dieser Vereinbarung für unbegrenzte Zeit fort.
- e) Durch die Offenbarung von vertraulichen Informationen werden keinerlei Rechte, Lizenzen oder gewerbliche Schutzrechte jeglicher Art eingeräumt. Sämtliche Rechte an den vertraulichen Informationen verbleiben bei dem offenbarenden Partner.
- f) Haben die Partner eine gesonderte Geheimhaltungsvereinbarung geschlossen, deren Umfang der Geheimhaltung den vorgenannten Umfang übersteigt, bleibt diese gesonderte Geheimhaltungsvereinbarung unberührt. Bei Widersprüchen zwischen einer gesonderten Geheimhaltungsvereinbarung und diesem Vertrag gehen die Regelungen dieses Vertrages vor.

14. Pönalen

Im Zuge dieses Vertrages gelten die Regelungen für Vertragsstrafen gemäß den AEBL. Insbesondere gelten die in den AEBLs ausgeführten Vertragsstrafen bei Lieferverzug von 0,2 % pro Tag und maximal 5 % bis zur endgültigen Auslieferung.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Anlieferbedingungen der Stadtwerke München GmbH

Anlage 2: Allgemeine Einkaufsbedingungen für Lieferung und Leistung der Stadtwerke München GmbH

Anlage 3: Leistungsverzeichnis (unterteilt nach Pflicht- sowie Optionalanforderungen jeweils für Soft- und Hardware)